

Wünsch dir was! oder Finanzpolitik im Bamberger Rathaus

Neues Hallenbad, Landesgartenschau, neue Brücken, Parkleitsystem ... – Die Wunschliste des Stadtrats ist ebenso lang wie die Finanzierung der Projekte vage

Wir wissen zwar nicht, wieviele Bamberger Stadtratsmitglieder die in den 70er Jahren sehr beliebte Unterhaltungssendung „Wünsch' dir was!“ gesehen haben. (Dem Durchschnittsalter im Rat nach zu schließen: viele) Und wahrscheinlich hat sich noch kaum jemand aus dem Stadtrat mit Ernst Blochs „Das Prinzip Hoffnung“ befasst. Dennoch: „Wünsch dir was“ und das „Prinzip Hoffnung“ scheinen die magischen Worte zu sein, die die Bamberger Finanzpolitik prägen – und das schon seit Jahren.

Man kann es ja verstehen: Die Wunschliste auch der BürgerInnen ist lang. Und als guter Stadtrat hat man zuvörderst im Sinne, diese Wünsche zu erfüllen. Man will ja auch wiedergewählt werden.

Auf der anderen Seite: Die knappe Kassenlage Bamberg ist nicht nur im Rathaus bekannt. Und spätestens nach seinen ersten Haushaltsberatungen müsste jedes Ratsmitglied wissen: Wundertüten sind was für Kinder, nicht aber für die kommunale Finanzpolitik. Doch allzu lange haben die daraus resultierenden guten (Spar-)Vorsätze nie gehalten. Je näher ein Wahl-

termin rückt, desto stärker setzt sich das „Wünsch dir was!“-Motto durch.

Bürgermeister Werner Hiplius (CSU) bei der Debatte um die Landesgartenschau: „Wir können es uns nicht leisten, aber wir wollen es uns leisten!“

So ist es auch in diesem Jahr – steht doch die OB-Wahl unmittelbar vor der Tür. Ein neues Hallenbad braucht Bamberg – unbedingt. Die Kronacher Straße muss gebaut werden – endlich. Und Bamberg ohne Landesgartenschau – undenkbar. Dass – ganz nebenbei, ver-

steht sich – die Bamberger Brücken kostspielig saniert werden müssen, der Maxplatz nach wie vor seiner endgültigen Sanierung harzt und der Fußgängertunnel unter dem Bahnhof eigentlich seit Jahren fertig sein müsste – wer wollte das ernsthaft leugnen. Die Wunschliste (siehe unten!) ist also lang und wird immer länger.

Da will der frischgebackene OB-Kandidat der SPD nicht nachstehen: Ein neues Rathaus muss her, koste es was es wolle. Schlappe 10 bis 20 Millionen Euro – und das bloß für den Kauf des Sparkassengebäudes am Schönleinsplatz, von den notwendigen Umbaumaßnahmen war noch nicht mal die Rede ... – müssen da doch drin sein, oder?

Hier endlich kommt das „Prinzip Hoffnung“ ins Spiel. „Irgendwie“ – so das allgemeine Credo – kriegen wir das schon hin, Staatszuschüsse könnten vielleicht fließen, oder die Gewerbesteuer fällt doch mal wieder unerwartet hoch aus. Das



Baustelle Luitpoldbrücke

Photo: Erich Weiß

geht dann so lange gut, bis die Bezirksregierung in Bayreuth ein lautes „Veto“ ruft und den Bamberger Haushalt nicht genehmigt.

Was tun in einer solch verfahrenen Situation? Die Sün-

den der Vergangenheit lasten schwer auf den städtischen Kassen. Zum Beispiel: Der Bau der Konzert- und Kongresshalle hat sich – wie erwartet – als Fass ohne Boden erwiesen. Und die Luxussanierung des Theaters erzeugt Folgekosten noch und nöcher. Die Dauerelküh Stadtwerke mit ihren Gewinnen wird nicht noch stärker belastet werden können, ohne selbst Schaden zu nehmen.

Für einen verantwortungsvollen Stadtrat müsste das eigentlich bedeuten: Nicht Wünsche wecken und uehrliche Versprechungen machen, sondern sorgsam mit den vorhandenen Mitteln umgehen. Weder ein neues Hallenbad noch gar ein „Technisches Rathaus“ am Schönleinsplatz sind auch nur annähernd realisierbar. Die Landesgartenschau kann es – wenn überhaupt – nur in einer Ökosparvariante mit viel Eigenbeteiligung der BürgerInnen geben. Bei den Brückensanierungen müssen al-

le Sonderwünsche hintangestellt und Zeitpläne so weit wie möglich gestreckt werden.

Und: Bei allen Maßnahmen, die Geld kosten, ist auf ihre „Rentierlichkeit“ zu achten. Rentierlich sind z.B. alle Planungen im Rahmen der Städtebauförderung oder Förderprogramme wie „Soziale Stadt“. Denn jeder Euro, der hier ausgegeben wird, regt private Investitionen in mehrfacher Höhe an.

Und schließlich gilt auch: Gute Politik muss nicht immer die teuerste sein. Zum Beispiel: Ein ökologisch verträgliches Verkehrskonzept lässt sich ohne Millionen-Investitionen umsetzen, ein kostenträchtiges dynamisches Parkleitsystem kann man sich so sparen. Oder allgemeiner gesagt: Wenn das Geld an allen Ecken und Enden fehlt, dann ist um so mehr Phantasie und Ideenreichtum gefragt – bei Planungen, der Verwaltung, den Stadtratsmitgliedern und auch bei den BürgerInnen.

Die Bamberger „Wünsch Dir was“-Liste

Projekt	Kosten für die Stadt (Euro)	Status
Sanierung Luitpold-, Löwen-, Kettenbrücke	5,7 Mio *	beschlossen
Geyerswörthsteg (Wettbewerb/Neubau)	400.000 *	beschlossen
Sanierung Franz-Fischer-Brücke, Obere Mühlbrücke	800.000	steht in den nächsten Jahren an
Bau Kronacher Straße bis Coburger Straße	3,5 Mio *	beschlossen
Weiterbau der Kronacher Straße bis Hallstadter Straße	Kosten unklar	beschlossen
Dynamisches Parkleitsystem	350.000 *	beschlossen
Busbeschleunigung	noch unklar (ca. 2 Mio)	beschlossen
Umsetzung von Maßnahmen aus dem Verkehrsentwicklungsplan	ca. 1,4 Mio	beschlossen
neue Parkplätze für Forum, inkl. neuer Kreuzungsbereich (Gesamtkosten zu tragen von Stadt und Stadtwerken)	1,9 Mio	von OB Lauer „versprochen“
Fußgängerunterführung u. P&R-Platz Brennerstraße	1,2 Mio *	beschlossen
Sanierung Kreuzung Berliner Ring/Memmelsdorfer Str.	1,3 Mio	beschlossen
Maxplatzsanierung, Lichtmasterplan u. Beleuchtung Maxplatz	ca. 1 Mio *	beschlossen
Erweiterung des Historischen Museums	2 Mio	beschlossen
Städtebauförderung (darunter Soziale Stadt Malerviertel, Gereuth/Hochgericht, Sandstraße, BA-Mitte, Untere Mühlen u.a.)	6 Mio *	beschlossen
Hochwasserfreilegung Gaustadt	1 Mio *	beschlossen
laufende Bauwendungen Schulen	3,5 Mio	beschlossen
Sanierung Turnhalle Domschule	80.000	wird debattiert
Neubau Hallenbad am Stadion (Gesamtkosten zu tragen von Stadt und Stadtwerken)	18 – 20 Mio	wird debattiert
Sanierung Freibad Gaustadt	2 – 4 Mio	wird debattiert
Sanierung Stadtbad für Tourismus&Kongress-Service	1,5 Mio	beschlossen
Sanierung Stadiontribüne Volkspark	2,7 Mio	wird debattiert
Bahnparallele Innenstadttangente	Kosten unklar	wird debattiert
Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes	7,5 Mio	wird debattiert
Landesgartenschau 2012	7 Mio *	beschlossen

(* = Kosten, die die Stadt zu tragen hat; Zuschüsse aus anderen öffentlichen Haushalten sind schon abgezogen)

Die Bamberger „Wünsch Dir was“-Liste wurde von der GAL erstellt. Stadtratsmehrheit und Oberbürgermeister versäumen es seit Jahren, dies zu tun und sich der Realität zu stellen, dass man nicht alles und schon gar nicht alles auf einmal haben kann. Stattdessen beschließen und debattieren die einzelnen Senate unabhängig voneinander große und kleine publikumswirksame Projekte. Selbst wenn diese dann offiziell „beschlossen“ sind (siehe Status-Spalte), ist ihre Finanzierung und Verwirklichung

noch lange nicht gesichert. Den Bürgern und Bürgerinnen werden auf diese Weise uehrliche Versprechungen gemacht.

Zu den Wünschen der Liste kommen übrigens noch weitere größere und kleinere Posten, die unvermeidlich zu zahlen sind, wie etwa: Verlustübernahme Sozialstiftung (3 Mio Euro), Schadensersatz Warmuth-Prozess (3 Mio Euro?), Umsetzung Parkpflegewerk Hain, Neuanschaffung Feuerwehrfahrzeuge, Umsetzung Programm Vital Cities u.a.

Wahnsinn mit System

Die Finanzpolitik in Bamberg ist zwar Wahnsinn, sie hat aber zumindest „System“. Und das System funktioniert so:

Wenn's ums Geld geht, reden viele mit. Die Fachreferate stellen jedes Jahr Wunschlisten auf, die man hierzulande „Mittelanforderungen“ für den nächsten Haushalt nennt. Die jeweiligen Fachausschüsse des Stadtrats (Senate) „beschließen“ diese Wunschlisten meist unverändert – denn sie müssen sich um das notwendige Geld keine Sorgen machen. „Kassenwirksame“ Entscheidungen kann erst der Finanzsenat treffen. Da sitzen zwar größtenteils dieselben Leute wie in den Fachausschüssen. Doch jetzt sind sie plötzlich nicht mehr „Fach“politikerInnen, sondern Finanzfachleute mit Rotstiftferfahrung.

Dabei ist aber nicht jedem Referat genau ein Senat zugeordnet, sondern die Zuständigkeiten überschneiden sich, und es gibt noch weitere Gremien, die Empfehlungen für Investitionen aussprechen. Kein Wunder also, dass der Stadtrat im fröhlichen Durcheinander munter Investitionsbeschlüsse ansammelt, die mit Finanzierbarkeit nichts zu tun haben.

Andere Städte, andere Sitten: Es gilt mittlerweile als „Stand der Technik“, dass einer Verwaltungseinheit, also einem Referat beispielsweise, lediglich ein Beschlussorgan auf Seiten des Stadtrats gegenübersteht. Und dieser Ausschuss oder dieser Senat hat nicht nur die fachliche, sondern auch die finanzielle Zuständigkeit (einschließlich des Personals!). Er verfügt über ein festes Budget, das ihm vorab – per „Eckwertebeschluss des Stadtrats“ – zur Verfügung gestellt wird. Der jeweilige Ausschuss legt also die politischen Prioritäten festlegen und stellt die dafür notwendigen Mittel bereit.